

Bekeris & Buss in der Bürgerschaft



SPD

DER NEWSLETTER FÜR BARMBEK, DULSBERG, HOHENFELDE UND UHLENHORST

Nummer 01/2008

11. Juli 2008

Ksenija Bekeris und Wilfried Buss - Ein starkes Team für Barmbek, Dulsberg, Uhlenhorst und Hohenfelde

Bei der Bürgerschaftswahl am 24. Februar 2008 konnte die SPD zwei direkte Mandate im Wahlkreis 09 erringen.

Mit der Diplom-Soziologin **Ksenija Bekeris** (30) und dem Studienrat **Wilfried Buss** (56) haben die Bürgerinnen und Bürger eine gelungene Mischung aus Jugend und Erfahrung gewählt. Ansprechpartner vor Ort zu sein, ist beiden ein besonderes Anliegen. Deshalb haben sie jeweils ein Büro im Wahlkreis eröffnet. Ksenija Bekeris ist im Herzen Barmbeks in der Pestalozzistr. 21a zu erreichen, Wilfried Buss ist in ein Büro in der südlicher gelegenen Ifflandstraße 85 in

Hohenfelde umgezogen. Ein Mittel des Austausches zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und ihren Abgeordneten ist auch dieser Newsletter. In regelmäßigen Abständen werden wir Sie über die wichtigsten Aktivitäten der beiden Abgeordneten in Wahlkreis und Bürgerschaft informieren.

Die Schwerpunktsetzung in der Bürgerschaft findet sich hier wieder. Ksenija Bekeris betreut die Themen Kinder, Soziales und Wissenschaft. Wilfried Buss wird sich weiterhin in den Bereichen Schule und Kultur für Sie stark machen. Dazu hat er als Sprecher für Eingaben das Ohr direkt an den Sor-

gen und Nöten der Hamburgerinnen und Hamburger.

Ksenija Bekeris und Wilfried Buss freuen sich auf das gemeinsame Engagement für Sie und mit Ihnen!



Foto: Dennis Eighteen

Das Team der SPD Abgeordneten im Wahlkreis:

Vorne: Ksenija Bekeris (rechts) mit Mitarbeiterin Beate Schmid

Hinten: Wilfried Buss (rechts) mit Mitarbeiter Sönke Klages

In dieser Ausgabe:

- ERFOLGREICHER KAMPF FÜR LÄRMSCHUTZWÄNDE **2**
- DA GEHT DIE POST AB - INS NIRGENDWO? **2**
- UMBAU BARMBEKER BAHNHOF - WANN? **3**
- „NACHGELAGERTE“ STUDIENGEBÜHREN **3**
- LÜCKENLOSE AUFKLÄRUNG IM FALL MORSAL **4**
- SPD FORDERT ABSCHAFFUNG DES BÜCHERGELDES **4**
- SPD WAHLKREISBÜROS **4**

Durch die rote Brille. Der Kommentar auf Seite 1

Primarschulen: Ei des Columbus oder Trojanisches Pferd? Die Schulreform soll Ausgrenzung bekämpfen, könnte aber das Gegenteil bewirken

Der neue Senat will die Grundschulen um zwei Jahre verlängern und nennt sie dann „Primarschulen“. Das ist der Kompromiss zwischen den Schwarzen, die die Kinder möglichst früh trennen wollen, und den Grünen, die sich das gemeinsame Lernen bis Klasse neun auf die Fahnen geschrieben hatten.

Für die GAL war es das Eintrittsticket in den Senat –

doch für Hamburgs Kinder und Eltern könnte es sich als Trojanisches Pferd erweisen. Der Grundgedanke ist ja richtig: Längeres gemeinsames Lernen nützt allen Kindern, den Schwachen wie den Starken. Das wissen wir längst aus Forschung und Praxis. Und das frühe Sortieren auf Schulformen, die klar nach oben und unten gegliedert sind, bedeutet

soziale Ausgrenzung, auch das wissen wir längst. Denn die Auslese funktioniert mehr nach sozialer Herkunft als nach Leistungsvermögen. Deshalb will auch die SPD längeres gemeinsames Lernen und eine gemeinsame Schule für alle Kinder.

Doch die Primarschulen von Christa Goetsch haben einen gefährlichen Haken: Sie sind formal zwar eigenstän-

dig, aber einige von ihnen sollen doch an Gymnasien angedockt werden. Gleichzeitig haben die Eltern nach Klasse 6 keine Wahl mehr, ob ihre Kinder auf das Gymnasium oder die neue Stadtteilschule (quasi die Realschule) überwechseln sollen. Das wird dazu führen, dass der Run auf die „besseren Plätze“ schon bei

Fortsetzung auf Seite 2

Bekeris & Buss in der Bürgerschaft

Fortsetzung S. 1 Primarschulen

der Einschulung beginnt: nämlich auf die Primarschulen an den Gymnasien. Und das bedeutet im Ergebnis,

dass die soziale Auslese und Ausgrenzung bei der Schulaufbahn nicht vermindert, sondern sogar noch vorgezogen und verschärft wird. Wir Sozialdemokrat/innen

fordern deshalb, dass zumindest keine Primarschulen an Gymnasien eingerichtet werden dürfen.



Foto: Beate Schmid

Lärmschutzdemo am 22.09.2007

Erfolgreicher Kampf für Lärmschutzwände an der Güterumgehungsbahn in Barmbek und Dulsberg

Die Anstrengungen von Initiativen, Anwohner/innen und den Vertreter/innen der SPD in Bund und Land waren erfolgreich: Auch im östlichen Streckenabschnitt der Güterumgehungsbahn durch die Stadtteile Barmbek, Dulsberg und Hamm plant die

Deutsche Bahn AG nun den Bau von Lärmschutzwänden. Voraussetzung für den Bau der Wände ist allerdings die Rückzahlung der Bundesmittel für passiven Lärmschutz, die zum Beispiel für Lärmschutzfenster in Anspruch genommen wurden. In

welcher Form diese Gelder zurückgezahlt werden müssen und ob sich die Stadt hieran beteiligt, ist noch unklar. Wir informieren Sie an dieser Stelle über die weiteren Entwicklungen.



Foto: Beate Schmid

Lärmschutzdemo am 22.09.2007

Da geht die Post ab – ins Nirgendwo?

SPD-Abgeordnete und Bürgerinitiativen gegen die Schließung der Postämter auf dem Dulsberg, in Hohenfelde und in Uhlenhorst

Noch in diesem Sommer werden die Postämter in der Elsässer Straße auf dem Dulsberg und in der Ifflandstraße in Hohenfelde geschlossen. Das Postamt am Hofweg in Uhlenhorst wird spätestens nächstes Jahr folgen. Stattdessen sollen in Geschäften oder Kiosken in den jeweiligen Stadtteilen – sogenannten

„Partneragenturen“ – Posttheken eingerichtet werden. So soll es nach und nach allen noch verbliebenen Postämtern in Hamburg und ganz Deutschland gehen.

So will es die Post. Wir Sozialdemokrat/innen wollen das nicht. Und die Bürger/innen wollen es auch nicht. Die Post behauptet zwar, durch die Auslagerung werde sich der Service für die Bürgerinnen und Bürger nicht verschlechtern. Doch

das ist kaum vorstellbar. Für viele werden die Wege weiter und die Wartezeiten länger werden. Das Angebot der Dienstleistungen wird reduziert werden. Und: Die gut qualifizierten Postangestellten werden nach und nach durch dafür kaum qualifizierte Angestellte der jeweiligen Läden ersetzt werden. Natürlich wird dadurch die Qualität der Beratung und der Dienstleistungen sinken. Die Kundenfreundlichkeit wird leiden.

Deshalb haben wir der Post klar gesagt, dass wir die Umwandlung für keine gute Idee halten. Auf dem Dulsberg haben wir zusammen mit der Stadtteilinitiative und vielen Bürgerinnen und Bürgern Unterschriften gegen die Schließung gesammelt. Doch die Post stellt sich stur. Die Schließung sei be-

schlossene Sache, basta. Der Grund: Das Management will die Post an die Börse bringen. Dafür sollen die Gewinne so hoch wie möglich getrieben werden, und zwar durch Kostensenkungen.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zeigt das: Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen – ob Post, Bahn, Krankenhäuser, Pflegeheime, Wasserwerke oder Schulen – ist falsch. Das Gewinnstreben privatisierter Unternehmen gerät immer wieder in Konflikt mit dem Ziel, für alle Menschen gleichermaßen die Versorgung mit grundlegenden Diensten sicherzustellen, die für Teilhabe und Lebensqualität unverzichtbar sind. Wir werden weiter kämpfen für gute öffentliche Dienste für alle Menschen!

WILFRIED BUSS:

„GUTE
POSTDIENSTE
MÜSSEN FÜR
ALLE MENSCHEN
ERHALTEN
BLEIBEN.“

Umbau Barmbeker Bahnhof: Senat will Finanzierung erst im Herbst klären

Der geplante Umbau des Barmbeker Bahnhofs ist für die zahlreichen Nutzer/innen eine Leidensgeschichte. Bereits 1997 lag dem Bezirksamt Nord ein erstes Gutachten zum Umbau vor, doch bis heute ist nichts geschehen. Der Bahnhof ist stark vernachlässigt und bedarf dringend einer grundlegenden Sanierung. Während des Wahlkampf kam es dann von Seiten der CDU zu einer außergewöhnlichen Einsicht in dieses Problem:

der damalige Senator für Stadtentwicklung und Umwelt versprach im Februar 2008 24,5 Millionen für Umbaumaßnahmen und einen Baubeginn in diesem Herbst.

Bisher wurde der Bürgerschaft keine Drucksache vorgelegt, die die Finanzierung der Umbaumaßnahmen regelt. Ein Grund, hier nachzuhaken! Eine Kleine Anfrage von Wilfried und Ksenija ergab, dass der Senat die

Drucksache zur Finanzierung im Herbst 2008 in die Bürgerschaft einbringen möchte. Das bedeutet, dass der Umbau anders als versprochen nicht mehr in diesem Jahr beginnen kann. Die geplanten Lärmschutzwände werden nach Aussage des Senats keine Verzögerung des Baubeginns verursachen. Wir sind gespannt, ob der Senat diesen Zeitplan einhält und bleiben in der Frage des Umbaus weiter aufmerksam.

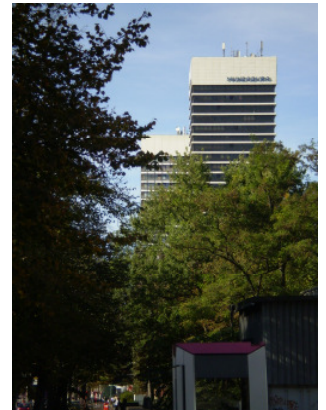


Foto: Beate Schmid

„Nachgelagerte“ Studiengebühren – schwarz-grün betreibt Begriffskosmetik zugunsten der Banken

Im Wahlkampf wollte die GAL Studiengebühren noch abschaffen. Die Gelegenheit dazu hatte sie in der zweiten Bürgerschaftssitzung nach der Wahl. Die SPD brachte einen Antrag zur Abschaffung der Gebühren ein – die GAL aber wehrte ab mit dem Argument, dies sei nicht zu finanzieren. Jetzt will der schwarz-grüne Senat aber eine Veränderung vornehmen, die die Stadt teuer zu stehen kommt.

Noch im September sollen sog. nachgelagerte Studiengebühren in Höhe von 375 Euro pro Monat eingeführt werden. Was sich zunächst zumindest nach einer Verbesserung zum derzeitigen Modell anhört, entpuppt sich auf den zweiten Blick als reine Begriffskosmetik auf Kosten der Studierenden und auch auf Kosten des städtischen Haushalts.

Die Senkung der Studiengebühren von jetzt 500 auf 375 Euro pro Semester wird kompensiert durch eine

drastische Einschränkung der Befreiungsmöglichkeiten. Dadurch – so die Rechnung des Senats – zahlen statt bisher 37.000 nun 47.500 Studierende Gebühren. Das Nachsehen haben bei dieser Rechnung besonders Studierende mit Kindern, mit Behinderung oder chronischen Krankheiten.

Aber auch die Nachlagerung der Gebühren birgt Tücken. Theoretisch sind die Gebühren weiterhin ab dem 1. Semester zu bezahlen. Neu ist die Möglichkeit einer Stundung für einen großen Teil der Studierenden. Die Studierenden nehmen einen Kredit auf, den Sie nach dem Studium ab einem Jahreseinkommen von 30.000 Euro brutto zurückzahlen müssen. Die Abwicklung der Gebührenerhebung erfolgt über die Hamburgische Wohnungskreditanstalt (WK). Für die zahlungspflichtigen Studierenden zahlt die WK an die Hochschulen. Keine Bank verleiht

aber aus bloßer Selbstlosigkeit Geld. Sie erwartet Zinszahlungen, Zahlungen für die anfallenden Verwaltungsgebühren und Bürgschaften für die Studierenden, die nach dem Studium ihren Kredit nicht zurückzahlen können. Und diese Zahlungen übernimmt die Stadt. In diesem Jahr sind das Kosten von 5,5 Mio Euro, im Jahr 2012 sollen es 13,38 Mio sein und ab 2023 23,77 Mio. Zum Vergleich: die geplanten Einnahmen aus Studiengebühren belaufen sich auf 35,6 Mio pro Jahr.

Hier findet eine Umverteilung zugunsten der Banken statt.

Der Zugang zu höherer Bildung bleibt damit nach wie vor an die finanziellen Möglichkeiten der Studierenden bzw. ihrer Eltern gekoppelt. Von der Senkung einer Hürde im Bildungssystem oder gar von einem Abbau kann nicht die Rede sein.

KSENIJA BEKERIS:

„ALS MITGLIED
IM
WISSENSCHAFTS
AUSSCHUSS
SETZE ICH MICH
FÜR DIE
ABSCHAFFUNG
VON STUDIEN-
GEBÜHREN IN
JEDER FORM
EIN.“



Foto: Beate Schmid

Sie haben Fragen, Anregungen, Kritik? Dann sind Sie hier richtig:

UNSERE WAHLKREISBÜROS

Abgeordnetenbüro Ksenija Bekeris

Pestalozzistr. 21a
22305 Hamburg

Telefon: 040 / 51 90 69 08
Fax: 040 / 51 90 69 10
E-Mail: info@ksenija-bekeris.de

Öffnungszeiten:

Di: 15-19 Uhr
Mi-Fr: 9-13 Uhr

Abgeordnetenbüro Wilfried Buss

Ifflandstr. 85
22087 Hamburg

Telefon: 040 / 61 19 83 12
Fax: 040 / 61 19 83 13
E-Mail: post@buss-hh.de

Öffnungszeiten:

Mo-Fr: 10-12 Uhr
14-17 Uhr



Foto: Beate Schmid

Einweihung der Abgeordnetenbüros:
oben: Pestalozzistraße
unten: Ifflandstraße

SPD fordert lückenlose Aufklärung im Fall Morsal

Am 15. Mai wurde die 16jährige Morsal aus Rotherburgsort von ihrem älteren Bruder getötet. In der Familie der Deutsch-Afghanin herrschte ein stark patriarchalisches Weltbild vor. Morsals Lebensstil wurde von ihr nicht akzeptiert. Der Fall wurde im Bürgerschaftsausschuss für Familie, Kinder und Jugend mit den zuständigen Behörden ausführlich diskutiert. Die Frage, die sich alle stellten war, ob

von Seiten der Behörden alles getan wurde, um Morsals Tod zu verhindern. Die schwierigen Verhältnisse in Morsals Familie waren den Behörden bekannt. So war Morsal zum Zeitpunkt der Tat in der Obhut des Kinder- und Jugendnotdienstes. Bei Fragen nach dem detaillierten Behördenhandeln kurz vor Morsals Tod gibt der Senat mit Verweis auf den Sozialdatenschutz aber keine Antwort. Die SPD fordert,

diesen Fall in allen Einzelheiten aufzuklären, auch um in Zukunft eine solche Eskalation zu vermeiden. Deshalb beantragt die Fraktion nach der Sommerpause eine Aktenvorlage sämtlicher Unterlagen von sozialen Diensten, Einrichtungen, Behörden, Gremien, Polizei und Justiz zu Morsal und ihrer Familie, die in den letzten Jahren angelegt wurden.



Foto: Sven Tode

SPD fordert die Abschaffung des Büchergeldes

Wilfried Buss forderte in der Bürgerschaft die GAL auf, mit der SPD zusammen das Büchergeld an den Schulen wieder abzuschaffen

Die SPD-Fraktion hat in der Bürgerschaft den Antrag gestellt, das Büchergeld an den Schulen wieder abzuschaffen. Das Büchergeld war 2005 von der CDU eingeführt worden, gegen den Widerstand vieler Eltern, der SPD und – damals noch – der GAL. Seitdem müssen die Schülerinnen und Schüler bzw. deren Eltern die Schulbücher entweder selbst kaufen oder sie gegen Gebühr von der Schule ausleihen, und zwar bis zu einer Gesamthöhe von 100 Euro pro

Jahr. Befreit von der Gebührenpflicht sind lediglich Arbeitslosengeld II- und Sozialhilfebezieher/innen und wenige weitere sogenannte Härtefälle.

Aber für viele Familien mit geringen oder mittleren Einkommen stellt das eine weitere spürbare Belastung dar, zusätzlich zu all den anderen Extra-Ausgaben, die in den letzten Jahren hinzugekommen sind: Riesen-Rente, Zusatzkrankenversicherung, Arzneimittelzusah-

lungen, Studiengebühren, Vorschulgebühren, und und und ...

Deshalb hat die SPD im Wahlkampf die Abschaffung des Büchergeldes und der anderen von der CDU eingeführten Bildungsgebühren gefordert und versprochen – genauso wie die GAL. Wilfried Buss zitierte deshalb in seiner Rede Schulsenatorin Goetsch, die jüngst gerade in einem Brief an die Eltern erklärt hat: „Der Schulerfolg der Kinder

ist nach wie vor an die soziale Herkunft gebunden. Das ist nicht gerecht und ein großer Verlust für Hamburg“. Und er fügte hinzu: „Recht haben Sie, aber dann handeln Sie auch dementsprechend, dann tun Sie auch was dagegen!“

Doch bei der GAL war der Koalitionszwang stärker als das eigene Wissen und Gewissen. Aber wir versprechen Ihnen: Wir werden nicht locker lassen.